



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 21.02.2018, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Bericht Projekt Connect Ludwigsburg

Vorl.Nr. 006/18

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem zur Tagesordnung keine Änderungswünsche eingehen, ruft er TOP 1 auf.

Herr **Burtchen** (FB Bildung und Familie), sowie die Mitarbeiter des Projektes Frau **Schuler**, Herr **Albani** und Herr **Mäder** berichten über das Projekt Connect Ludwigsburg anhand einer Präsentation. Diese liegt dieser Niederschrift bei.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Traub** spricht ein großes Lob für diese wichtige Arbeit mit der Altersgruppe junge Erwachsene aus. Problematisch sei, dass die jungen Erwachsenen nicht schulpflichtig seien. Weiter spricht sie die Themen Suchtproblematik, Gewaltdelikte, Straftäter unter 25 Jahren, Perspektiven, wie auch der fehlende Halt an. Partizipation sei der beste Weg für Integration, so Dr. Traub. Zudem stellt sie Fragen zur Verbindlichkeit, insbesondere in der Projektarbeit. Weiter wolle sie nähere Informationen zu den Teilnehmerzahlen und zuletzt wolle sie wissen, ob die Kosten im Haushalt eingestellt seien.

Stadtrat **Kasdorf** dankt ebenso für den Bericht. Es sei ein niederschwelliges Angebot. Weiter wolle er wissen, wie der Kontakt geknüpft werde. Er finde die Verknüpfung zwischen Geflüchteten und Studenten gut und wolle hierzu noch nähere Informationen zum Verhältnis. Er habe den Eindruck, dass sich viele der Zielgruppe vor dem Bahnhof aufhalten. Das Angebot und die Nachfrage werden sich bezüglich der Gesetzgebung anpassen. Er sei zuversichtlich, dass mit den Änderungen flexibel umgegangen werde. Einen erneuten Bericht zu gegebener Zeit fände er gut.

Der Name Connect sei gut gewählt, so Stadträtin **Faulhaber** und dankt für den Vortrag. Sie wolle nähere Informationen zu den Themen Altersstruktur, Teilnehmeranzahl weiblicher Geflüchteten, Perspektiven des Programmes, wie auch zu den Nationen.

Stadtrat **Dengel** finde das Projekt gut. Durch das zwanglose Treffen könne man Vorurteile abbauen, so Dengel.

Stadtrat **Heer** geht auf die Historie der „Villa“ ein. Es sei die ideale Location für diese offene Willkommenskultur. Er lobt die gute Netzwerkfunktion, die gemeinsamen Aktivitäten und die Konzeption. Die Vernetzung mit den Musik- und Kulturvereinen gehöre dazu. Nicht unproblematisch sehe er die unterschiedlichen Interessen der Studenten und der Flüchtlinge. Weiter stellt er Fragen zur Angebotsannahme und ehrenamtlichen Arbeit.

Herr **Burtchen** informiert zum Thema der Finanzierung. Diese sei im Zuge der Einrichtung des Kompetenzteams beschlossen worden. Die Stellenanteile von 150% seien bis zum Jahre 2021 befristet.

Die Mitarbeiter des Projektes gehen auf die weiteren offenen Fragen ein. Die Verbindlichkeit sei sehr angebotsspezifisch. Die Motivation sei gut. Die Verantwortung komme auch im Zuge der eingebrachten Ideen. Man habe eine Stammgruppe. Bei größeren Veranstaltungen sei die Teilnehmerzahl mit 1/3 Studenten und 2/3 Geflüchteten gut durchmischt. Zur Kontaktaufnahme werden Flyer verteilt und man sei durch Streetworking in der Stadt unterwegs. Der Bahnhofsvorplatz habe eine Art Marktplatzcharakter und sei deshalb gerne als Aufenthaltsort genutzt. Die Teilnehmerzahl sei eher männlich geprägt und im Alter zwischen 18 und 25 Jahren. Die Besucher seien zu 80% ohne Familie nach Deutschland gekommen. Die Nationen seien gemischt.

Stadtrat **Heer** wünscht sich konkrete Zahlangaben.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** weist darauf hin, dass für die Freizeitaktivitäten ein Zuschussantrag gestellt werden könne.

Herr **Mäder** antwortet, dass an den Werktagen durchschnittlich täglich 10 bis 20 Besucher und bei Veranstaltungen etwa 50 bis 70 Personen das Angebot nutzen.

EBM **Seigfried** fügt noch hinzu, dass im Jahre 2016 die Einrichtung eines Kompetenzteams Flüchtlingsarbeit beschlossen worden sei. An verschiedenen Stellen in der Verwaltung führe dies zu Erweiterungen. Man habe 9,5 temporäre Stellen eingerichtet. Weiter geht er auf die Verwaltungsvereinbarung mit dem Landkreis ein. Die Finanzierung sei eine kommunale Vorleistung. Sobald eine Refinanzierung möglich sei, werde dies in Anspruch genommen. Dennoch können nicht alle Kosten refinanziert werden. Im Anschluss schließt EBM Seigfried diesen TOP.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt ab dem Schuljahr 2018/19,

1. das vorhandene Betreuungskonzept für die Pestalozzischule für die derzeitigen Klassen zwei bis vier bis zum Ende des Schuljahres 2020/21 weiterzuführen,
2. an der Anton-Bruckner-Schule für die Schulkinder aus den Halbtagsklassen die Kernzeiten- und Nachmittagsbetreuung anzubieten und
3. an der Anton-Bruckner-Schule an den Ganztagsklassen für den Zeitraum von 12 bis 15 Uhr wie bisher pro Ganztagsklasse im Tandem mit der Lehrkraft eine Bezugsbetreuungskraft einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Kube

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft TOP 2 auf und begrüßt die anwesenden Vertreter der Schulen.

Herr **Wittmann** (FB Bildung und Familie) geht auf die Beschlussvorlage ein und informiert zum Thema. Im Grunde bleibe die Betreuung an der Pestalozzischule bis zum Auslaufen wie bisher. Ebenso die Betreuung an der Anton-Bruckner-Schule. Neu sei das Angebot der Halbtagschule.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** habe noch eine Verständnisfrage zu Ziffer 3 bezüglich der Tandembetreuung. Zudem wolle er darauf hinweisen, dass die CDU Fraktion die Zusammenlegung nicht befürwortet habe. Es sei ein mehrheitlicher Beschluss erfolgt. Der Vorschlag sei von den Schulen mit dem Hinweis einer Verbesserung eingebracht worden. Er wolle die finanziellen Konsequenzen für die Stadt wissen. Durch die Zusammenlegung habe man mittelfristig eine Kostenerleichterung für das Land durch den Wegfall einer Schulleiterstelle.

Stadtrat **Kasdorf** sieht nach Durchsicht der Beschlussvorlage eine schwierige Ausgangslage. Diese Herausforderung sei bei der Verschmelzung nicht beachtet worden. Für die Eltern gebe es eine gewisse Verlässlichkeit, da das Angebot bis zum Übergang in die weiterführenden Schulen bestehen bleibe. Er wolle wissen, ob es in der Stadt Unterschiede bezüglich der Kostenpflicht gebe und spricht die Kostenfreiheit von 7:00 bis 15:00 Uhr an der Anton-Bruckner-Schule an. An anderen Schulen gebe es eine Kostenpflicht von 7:00 bis 8:00 Uhr. Grundsätzlich könne er der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **von Stackelberg** setzt sein Vertrauen in die beteiligten Schulen und in die Verwaltung. Die Zusammenlegung mit einem reibungslosen Schulbetrieb sei gewollt. Wichtig sei ihm die gleiche Beteiligung der beteiligten Schulen. Wünschenswert sei die schnelle Schulleiterbesetzung und

dass hier schnell eine Lösung gefunden werde. Der Vorlage werde zugestimmt. Nähere Information wünsche er sich noch zur Essensausgabe.

Ebenso der Vorlage zustimmen werde Stadtrat **Dengel**. Positiv aufgenommen habe er, dass keine zusätzlichen Personalkosten anfallen. Die anfänglichen Probleme werden sich im Laufe der Zeit einpendeln und ein positives Ergebnis geben.

Die Fusion sei nicht unumstritten gewesen, so Stadtrat **Heer**. Für die Eltern sei dies eine finanzielle Verbesserung. Die Eltern haben eine Wahlmöglichkeit. Weiter geht er auf die Auswirkungen bezüglich der Kernzeitbetreuung und das Personal ein. Der Vorlage könne er zustimmen.

Herr **Wittmann** geht auf die offenen Fragen ein. Die Tandembesetzung bestehe bereits seit Jahren. Bei der Zusammenlegung sei der Bestandschutz der oberste Tenor gewesen. Momentan seien zwei Mensen im Einsatz. Während des Zusammenlegungsprozesses wolle man keine zusätzliche Änderung. Weiter geht er auf die Unterschiede des Teller- und Schüsselessens ein. Die Anton-Bruckner-Schule sei eine gebundene Ganztagschule ab 7:00 Uhr. Ab diesem Zeitraum dürfe an dieser Schule keine Gebühr erhoben werden. Das Schulleiterbesetzungsverfahren werde zeitnah starten, so Wittmann. Die Elternbeiträge für die Pestalozzischule ändern sich nicht. Die Beiträge für die neue Halbtagschule seien die geltenden Beiträge aller Halbtagschulen in Ludwigsburg.

Herr **Haga** (staatliches Schulamt) fügt hinzu, dass die Ausschreibung an das Kultusministerium gegangen sei. Weiter geht er auf die Problematik der Stellenbesoldung ein.

EBM **Seigfried** dankt allen Beteiligten und lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung:

1. Der Gemeinderat beschließt im Zuge der bereits beschlossenen Brandschutzmaßnahmen an der Eberhard-Ludwig-Schule zusätzlich den **barrierefreien Ausbau des Schulgebäudes durch den Einbau eines Aufzugs und einer Rampe** mit weiteren Kosten in Höhe von 144.000,- EUR inkl. 19 % MwSt. Der Erhöhung der Beschlusssumme für die Gesamtbaumaßnahmen an der Eberhard-Ludwig-Schule von 720.000 EUR (Vorl.Nr. 034/17) auf 864.000,- EUR wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Beschlussempfehlung wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Kube

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** informiert über diese Maßnahme und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Seyfang** will wissen, ob der Aufzug von außen benutzbar sei und ob dieser auch den Keller bediene.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) teilt mit, dass der Aufzug alle Etagen bediene. Der Weg zwischen Schulhof und unterster Etage sei nicht barrierefrei, so Frau Barnert. Barrierefrei könne man über eine Rampe zum Aufzug in das Hauptgebäude gelangen.

Stadtrat **von Stackelberg** zeigt sich verwundert, weshalb diese Maßnahme nicht bereits in der Vergangenheit beschlossen worden sei. Der Maßnahme stimme er zu, da die Notwendigkeit gegeben sei.

Im Rahmen der Generalsanierung habe man diese Maßnahmen immer auf der Agenda, so Frau **Barnert**. Bislang seien die Brandschutzmaßnahmen nicht förderfähig gewesen. Über den kommunalen Sanierungsfonds sei dies nun möglich. Sinnvoll sei diese Maßnahme in jedem Areal.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die Spende der **Kreissparkasse Ludwigsburg** i.H.v. 10.908,- EUR wird angenommen (lfd. Nr. 1).
2. Die Spende der **Wüstenrot Stiftung** i.H.v. 50.000,- EUR wird angenommen (lfd. Nr. 10).
3. Die Spende der **Ruprecht Stiftung** i.H.v. 49.082,- EUR wird angenommen (lfd. Nr. 11).
4. Die Spende der **Kreissparkasse Ludwigsburg** i.H.v. 50.000,- EUR wird angenommen (lfd. Nr. 33).
5. **Alle weiteren** in der Anlage aufgelisteten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen (jeweils bis 10.000 EUR) werden gesammelt angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Kube

Beratungsverlauf:

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.